

Im Würgegriff der Extreme - Gefährdet eine destruktive Koalition der parteipolitischen Ränder die weitere europäische Integration?

Scholz, Bastian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Scholz, B. (2016). Im Würgegriff der Extreme - Gefährdet eine destruktive Koalition der parteipolitischen Ränder die weitere europäische Integration? [Rezension des Buches *Die unheilige Allianz: die rechten und die linken Extremisten gegen Europa*, von A. Pelinka]. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 65(2), 261-264. <https://doi.org/10.3224/gwp.v65i2.24023>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Im Würgegriff der Extreme – Gefährdet eine destruktive Koalition der parteipolitischen Ränder die weitere europäische Integration?*

Bastian Scholz

Wie viel „Weimar“ steckt in „Brüssel“? Die erste deutsche Demokratie scheiterte 1933 nicht zuletzt an der Schwäche der politischen Mitte, am fehlenden Verfassungskonsens der Gesellschaft. Nationalsozialisten und Kommunisten standen *für* verfeindete Ideologien, doch einte sie ihre Frontstellung *gegen* das System. Als destruktive Mehrheit verteilten Linke und Rechte zum Schluss jede konstruktive, gemäßigte Regierungspolitik.

Wer seinen Blick heute über die europäische Parteienlandschaft schweifen lässt, erkennt beunruhigende Parallelen. Europas politische Ränder wachsen und feiern Erfolge: Bei der Europawahl 2014 schoss *Marine Le Pens Front National (FN)* um über 18 Prozentpunkte auf rund 25 Prozent der Stimmen empor und damit an allen Konkurrenten vorbei. Hetze gegen Einwanderer, die Globalisierung und die EU formten eine erfolgreiche Trias simpelster Sündenbockmythen. Im Vereinigten Königreich tat es ihr *UKIP* gleich, die für den Austritt des Landes aus der EU eintritt.

Scharf ist der Gegensatz zwischen dem defensiven Ultrationalismus des Westens und seiner offensiven Variante in Osteuropa. Westeuropäische Rechtsextremisten treten betont bürgerlich auf, um beim Wähler zu punkten: Sie sind Wölfe im Schafspelz. Rechte Parteien in den neuen EU-Mitgliedstaaten hingegen hetzen aggressiv gegen ihre Nachbarstaaten oder gegen nationale Minderheiten und schwärmen von vergangenen Despotien. Unterdrückte Territorialkonflikte brechen wieder auf. Während die ungarische *Jobbik* den Grenzen des Habsburgerreichs hinterhertrauert, fordert die rumänische *PRM* die Annexion Moldaus. Teile der polnischen Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit* treibt katholischer Fundamentalismus um. In den instabilen Parteiensystemen des postkommunistischen Europas, das nationalistischen Nachholbedarf



Dr. Bastian Scholz
Politikwissenschaftler, Berlin

* Anton Pelinka, *Die unheilige Allianz. Die rechten und die linken Extremisten gegen Europa*. Wien/Köln/Weimar 2015



verspürt, findet die radikale Rechte einen idealen Nährboden. Hier gehört sie „eher zum Mainstream als zum Rand, während sie gleichzeitig extremer ist als ihr Gegenstück im Westen.“¹

An der Schnittstelle zwischen West- und Osteuropa fordert die *Alternative für Deutschland (AfD)* den Mythos vom rechtsimmunen bundesrepublikanischen Parteiensystem heraus. Der Flüchtlingsstrom nach Deutschland und damit einhergehende Ängste vor einer muslimischen „Überfremdung“ führten der in Umfragen dahinsiechenden Partei jüngst frischen Sauerstoff zu. Sie marschiert Arm in Arm mit der aggressiv einwanderungs-skeptischen und deuschtümelnden Pegida-Bewegung. Beide genießen insbesondere in den neuen Bundesländern Zulauf, wo Parteibindungen fragil, Vorbehalte gegen alles Fremde ausgeprägt sind.

Andernorts reüssieren Sozialisten: Der griechische Ministerpräsident *Alexis Tsipras* errichtete den Erfolg seines linkspopulistischen Wahlbündnisses *Syriza* auf den Trümmern des alten Parteiensystems. Im EU-Krisenstaat Nummer eins amtiert seit Anfang 2015 eine eigentümliche Linksaußen-Rechtsaußen-Koalition.

Zum Panoptikum extremistischer Spielarten verkommt das Europäische Parlament. Dort tummeln sich 39 rechts- und linksextreme Parteien aus 24 Ländern.² Hier sitzen *Wahre Finnen* neben *Schwedendemokraten*, tschechische Kommunisten neben italienischen EU-Skeptikern. Finanz-, Euro- und Flüchtlingskrisen leiten ebenso wie islamistische Terroranschläge Wasser auf die Mühlen der Extremen. In allen Teilen Europas wächst die Unzufriedenheit mit der EU – obgleich aus entgegengesetzten Motiven: Nord- und westeuropäischen Bürgern missfällt es, mit ihren Steuern für das vermeintliche finanzpolitische Unvermögen des Südens und Südostens aufzukommen. Wo die Hilfgelder ankommen, sprießen Frustration und Wut über das Spardiktat. Rechte und linke Extremisten in ganz Europa zehren von dieser Stimmung.

Hier setzt die Studie des österreichischen Politologen *Anton Pelinka* an, der fürchtet, die aus Weimar bekannte „unheilige Allianz“ (3) der Extreme könne auf europäischer Ebene wiederauferstehen. Von Linken und Rechten in die Mangel genommen, zerbrösele die EU sukzessive. Der Mandatsanteil der „Pro-EU-Fraktionen“ (41) im Europäischen Parlament sei in zehn Jahren von über 82 Prozent (2004) auf rund 70 Prozent (2014) gefallen. Die EU gilt als intransparenter und demokratiedefizitärer Behördenapparat. Wer gegen „die da oben“ in Brüssel hetzt, reüssiert. Zudem plage insbesondere das Kleinbürgertum – das entproletarisierte Proletariat – Abstiegsangst, die es anfällig für simplifizierende Deutungsmuster mache. Die Mär vom Ausländer, der, von der EU ins Land gelassen, nach ihrem Wohlstand greife, treibt die traditionelle Kernklientel der Linken in die Arme der Rechten. Ein solches Feindbild bedient strukturkonservative Impulse prekariatsbedrohter Schichten. Rechtsaußen-gerieren sich als Arbeiterparteien.

Die Kräfte am rechten Rand haben ihr Auftreten und ihre programmatischen Schwerpunkte in der Tat clever modifiziert, ohne den Dreisatz aus Nativismus, Autoritarismus und Populismus aufzugeben.³ Nach wie vor bieten sie ein Konzept ethnischer Identität an, die Zielvorgabe einer homogenen Gesellschaft.⁴ Dabei dient die Islamophobie breiter Bevölkerungsschichten als strategischer Ankerpunkt, um in die Mitte der Gesellschaft vorzustoßen. Weiter gerieren sie sich als Bewegung wider das Establishment, die an der Seite des „kleinen Mannes“ um dessen Pfründe kämpft. Anders als früher treten rechte Parteien für eine vermeintlich „nationale“ und „soziale“ Politik ein – die österreichische *FPÖ* bezeichnet sich als „soziale Heimatpartei“. Sie kombinieren beide Elemente, indem sie die Globalisierung für den Verlust sozialstaatlicher Sicherheiten verantwortlich machen. Neben den Linksaußen-gerieren sich heute gerade

die Rechtsaußenparteien als die „vehementesten Verteidiger des Wohlfahrtsstaates“⁵. Der wertebeliebigen, individualisierten und globalisierten Moderne stellen sie traditionelle Ordnungsmuster – Nation, Religion, Familie – entgegen. Ihre Wähler gewinnen sie auf dem Feld der Wertepolitik. Globalisierungskritik und Sozialstaatsorientierung verbinden sie mit der politischen Linken.

Hieraus erwächst *Pelinkas* ein paar Mal zu oft wiederholte These: Aus gänzlich unterschiedlichen Motiven, aber mit dem gemeinsamen Ziel, die weitere Integration Europas unter allen Umständen zu torpedieren, gehen linke und rechte Extremisten ein pragmatisches Bündnis ein. Diese Bewegung sei mächtig genug, den europäischen Bundesstaat zu verhindern, weil sie nicht nur parlamentarisch agiere, sondern auch nationalstaatlich das Meinungsklima vergifte. Pro-europäische Regierungen werden zu Gehetzten europafeindlicher Demagogen.

Der Autor zeigt Courage, wenn er Extremismen in Europa vergleicht, obwohl er Beispiele aus dem parlamentarischen Alltag schuldig bleibt. Wer Parallelen zwischen links und rechts aufzeigen will, erntet politisch tendenziöse Angriffe aus dem linken Wissenschaftslager: weil nicht sein kann, was nicht sein darf. *Pelinka* kontert mit Differenziertheit. Beide Extremismen würden das Modell des nationalstaatlichen Wohlfahrts- zulasten des europäischen Bundesstaates propagieren. Sie pflegen Feindbilder (*die Amerikaner, die Banken*) und Verschwörungstheorien. Schon *Hitler* und *Stalin* bedienten sich aus demselben Werkzeugkasten einer Diktatur: Einheitspartei, Personenkult, Ersatzreligion, Propaganda, Terror. Totalitäre Weltanschauungen bestechen durch sinnstiftende Unzweideutigkeit. *Pelinka* stimmt mit den Extremismusforschern *Eckhard Jesse* und *Tom Thieme* überein: Wer einen politischen Alleinvertretungsanspruch erhebt, richtet sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat.⁶ Die „Offenheit einer Gesellschaftsordnung“ (75) ist Extremisten wesensfremd. *Pelinka* behauptet: Faschisten und Kommunisten haben die Niederlagen ihrer Ideologien gegen *den Westen* nie verwunden.

Die Glaubenssätze und analytischen Kategorien beider Ideologien seien freilich grundverschieden. Das Paradigma der Rechten ist ihr rassistischer Nationalismus. Ein Europa, das Staatsgrenzen einreißt, nationale Identitäten schleift und Multikulturalismus propagiert, können sie niemals akzeptieren. *Pelinka* hält sie für unintegrierbar. Sein Appell, die zivilisatorische Errungenschaft eines geeinten Europas endlich anzuerkennen, gilt allein den Linken, deren Weltanschauung in den Menschenrechten wurzele. Die EU verurteilen sie als Ausfluss der verhassten Globalisierung. Da sie den Sozialstaat nur im nationalen Rahmen gesichert sehen, verhalten sich die „internationalistischen“ Parteien am linken Rand absurd nationalistisch. Sie repräsentieren keine grenzüberschreitende Arbeiterklasse, sondern – ganz und gar „völkisch“ (162) – ausschließlich die heimischen Arbeitnehmer. *Pelinka* wirft den Linken vor, Europa grotesk zu verkennen: Die EU ist keine Ausgeburt des globalisierten Kapitalismus, sondern mögliches Heilmittel seiner destruktiven Folgen. Als gegenläufiger Trend zum nationalstaatlichen „Politikverlust“ (56) biete Europa die Chance einer Gesellschaftsgestaltung jenseits der Nation. Die EU rufe die Linken zur konstruktiven Mitarbeit zugunsten sozialer Sicherungssysteme auf. Hoffnung schöpft, wer das Profil erfolgreicher Linksaußenparteien auf europäischer Ebene betrachtet: Zumindest in Westeuropa sind kommunistische Parteien auf dem Rückzug. Hier reüssieren gemäßigt sozialistische Kräfte.⁷

So überzeugend die Thesen des Autors zur Europa(un)tauglichkeit rechter und linker Parteien auch sind, seine Warnung, die „faktische Allianz der Extremisten bedroh[e] die Existenz der Union“ (168), wirkt übertrieben. Seine Ausführungen sind mehr essayistisch als analytisch. In theoretischer Hinsicht bleibt das Werk diffus. Ein

pointierter Aufsatz hätte die Thesen des Autors besser gekleidet als ein überlanges Buch, das sich in Redundanzen verliert. Der Leser vermisst eine systematische Analyse der Europapolitik rechts- und linksextremer Kräfte, um deren tatsächliches Bedrohungspotenzial erfassen zu können. Er erfährt nichts über das Abstimmungsverhalten solcher Parteien im Europäischen Parlament, wenig über gemeinsame Erfolge.

Außerdem verschweigt *Pelinka* eine entscheidende Information: Vor allem rechts-extreme Parteien scheitern seit Jahrzehnten daran, ihre Kräfte im Europäischen Parlament zu bündeln. Christliche Fundamentalisten, Neonazis, Ultranationalisten, Faschisten, Populisten, Islamophobe und EU-Skeptiker finden keinen Minimalkonsens, der eine gemeinsame Fraktion tragen würde. Die strategische Lage der Parteien unterscheidet sich fundamental: Für den *FN* und die *FPO* etwa, die in ihren Ländern mehrheitsfähig werden wollen, wäre es kontraproduktiv, mit offen neonazistischen Gruppen zu kooperieren. Derzeit verteilen sich die Parteien am rechten Rand auf drei Fraktionen. Das rechtsextreme Parteienspektrum des Kontinents ist heillos zerstritten. Es ist derzeit zu vielgestaltig und zu wenig machtpragmatisch, um den Politikbetrieb auf EU-Ebene dominieren respektive gefährden zu können.

Das erwähnt *Pelinka* zu selten: Obgleich Europa immer wieder Rückschläge ertragen musste, verlief die Integration in langfristiger Perspektive doch beeindruckend kontinuierlich. Während die Extremen noch ihren Pyrrhussieg feierten, den europäischen Verfassungsvertrag gestoppt zu haben, tüftelten die nationalen Regierungen bereits am Vertrag von Lissabon. In regelmäßigen Erweiterungsrounds zeigt sich die EU unvermindert integrationsfähig. „Brüssel“ ist trotz starker politischer Ränder kein zweites „Weimar“, weil das gereifte Europa über jenes Lebenselixier verfügt, das der todgeweihten ersten deutschen Demokratie versagt blieb: eine breite, handlungsfähige und kompromissorientierte politische Mitte aus Christ- und Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen.

Anmerkungen

- 1 *Michael Minkenberg*, Die europäische radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in West und Ost. Trends, Muster und Herausforderungen, in: *Ralf Melzer/Sebastian Serafin* (Hrsg.), Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit, Berlin 2013, S. 9-37, hier: S. 33.
- 2 Vgl. *Robert Pausch*, Europa extrem, in: <http://www.zeit.de/feature/populismus-extremismus-europa>, 2015, o. S.
- 3 Vgl. *Uwe Backes*, Rechtsextremistische Parteien in Europa. Erscheinungsformen und Erfolgsbedingungen, in: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/151692/rechts-extremistische-parteien-in-europa>, 2012, o. S.
- 4 Vgl. *Britta Schellenberg*, Aktuelle Entwicklungen im europäischen Rechtsextremismus, in: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41221/analyse-rechtsradikale-in-europa>, 2009, o. S.
- 5 *Frank Decker/Bernd Henningsen/Kjetil A. Jakobsen*, Revolte von rechts, in: dies. (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden 2014, S. 13-25, hier: S. 16.
- 6 Vgl. *Eckhard Jesse/Tom Thieme*, Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen, in: dies. (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 11-32, hier: S. 15.
- 7 Vgl. *Armin Pfahl-Traughber*, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 229.